



BERICHT

10 Jahre Euro – eine Bilanz

Podiumsdiskussion mit Professor Dr. Jürgen Stark, Professor Iveta Radicova und Dr. Madeleine Mahovsky

Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung Brüssel

Am Mittwoch, den 24. Oktober 2012, 12h00 Uhr in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des Euro lud das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit der Hanns-Seidel-Stiftung zu einer Podiumsdiskussion in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union ein. Als Redner waren Professor Dr. Jürgen Stark, ehemaliger Chef-Volkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), Professor Iveta Radicova, frühere Ministerpräsidentin der Slowakei, und Dr. Madeleine Mahovsky, Mitglied im Kabinett des EU-Kommissars für Wirtschaft, Währung und den Euro, Olli Rehn, geladen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Daniel Gros, dem Direktor des Centre for European Policy Studies in Brüssel.

Vor der öffentlichen Podiumsdiskussion mit den drei Diskutanten sprach Professor Jürgen Stark mit etwa zehn Vertretern der Presse. In einem kurzen Eingangsstatement zog er Bilanz von zehn Jahren Euro. Dabei kritisierte er offen die aktuelle Euro-Politik. Ein Paradigmenwechsel in der Politik sei bereits im Mai 2010 von einer Stabilitäts- zu einer Haftungsunion eingeleitet worden. Stark forderte für Europa einen umfassenden Ansatz: „Wer hat heute noch den Überblick über all die Regelwerke?“, fragte er in die Runde der Journalisten und verlangte nach einer intergouvernementalen Konferenz, die stärker legitimiert sei als die vier Präsidenten. Er wandte sich gegen den „top-down-approach“, der demokratisch schwer zu rechtfertigen sei, und forderte einen Eingriff in nationale Rechte. „Wohin soll es gehen?“, fragte er und verlangte nach Richtungsentscheidungen seitens der Politik.

„Akzeptiert man ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten? Will man eine Transfer- und Haftungsunion?“, fragte Stark. „Das muss man der Bevölkerung sagen“, erklärte er und forderte eine bessere Rückkopplung mit den Bürgern Europas.

Im Gespräch mit der Presse beantwortete Stark außerdem Fragen zu weiteren Programmen für Griechenland, zu einer möglichen Inflation und zu Abstimmungsmodalitäten innerhalb der EZB.

BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OKTOBER 2012

Michael Herrmann

Anne-Sophie Koenig

Barbara Schmickler

www.eukas.eu

Gleich zu Beginn der Podiumsdiskussion betonte Stark, dass das 10-jährige Jubiläum des Euro nicht gefeiert werden könne, ohne auch kritisch Bilanz zu ziehen. Er hielt fest, dass der Euro als gemeinsame Währung von mittlerweile 300 Millionen Menschen mehr für Europäische Integration stehe als alles andere. Aber die momentane Staatsverschuldungskrise trübe natürlich das Bild dieses Erfolges, so Stark.

Der Euro steht für die monetäre Vollendung des Binnenmarktes und die Finalisierung der EWG-Verträge aus dem Jahr 1957. „Ich will nicht soweit gehen und ihn als die Krönung der Integration bezeichnen, aber ein Highlight ist er“, sagte Stark. In Verbindung mit einem kritischen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der Währungsunion mit der Umsetzung des Vertrags von Maastricht aus dem Jahre 1992 machte der Ökonom vorallem auf die Qualität dieses Werkes aufmerksam. Die Kriterien, die damals festgelegt wurden, bildeten ein logisches, in sich schlüssiges Konzept und eine feste Grundlage für das, was geschaffen werden sollte. Es seien nur wenige, nicht gravierende Konstruktionsfehler in dem Regelwerk zu finden. Seiner Meinung nach hätte man sich besser schon 2010 auf den Maastrichter Vertrag besonnen. Denn für ihn ist der Maastrichter Vertrag ein „solides Konzept, das aber, so wie es konzipiert wurde, nie umgesetzt wurde“.

Es stelle sich nun die Frage, so Stark, ob der Maastrichter Vertrag „gescheitert“ sei, weil man ihn nicht angewandt habe, oder ob er zu komplex war, um ordentlich umgesetzt werden zu können? Man habe in den Anfängen des Euro den Fehler gemacht, zu viele Mitgliedsstaaten zu involvieren, kritisierte Stark. Griechenlands geschönte Finanzen, die damals Grundlage für den Beitritt des Landes waren, sind schon lange kein Geheimnis mehr. Nun wollten Christine Lagarde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und Bundeskanzlerin Angela Merkel Griechenland noch mehr Zeit geben. Denn Griechenland solle „at any cost“ im Euro gehalten werden. „Die Europäer werden dafür zahlen“, sagte Stark.

Des Weiteren übte Stark Kritik an den vielen Reformen die in jüngerer Vergangenheit gemacht wurden. Er bezeichnete sie als „wirkungslose Regeln“. Mit all den Reformen wurde Maastricht umgangen und zwar auf intergouvernementaler Ebene. „Wo war die Hüterin der Verträge?“, fragte Stark. Damit spielte er auf das, in seinen Augen, Versagen der Kommission an. Es sei nicht nachzuvollziehen, dass sie zugeschaut habe, als supranationale Verträge von Länderregierung umgangen und ausgehebelt wurden. Was es heute gebe, sei ein Geflecht von Instrumenten, das sich vor allem durch seine Undurchschaubarkeit und fehlende demokratische Legitimation auszeichne. Die Bürger der EU, und vor allem die der Eurozone, wollten Klartext, machte Stark mehrfach deutlich.

Anlässlich der Feierstunde hatte Stark aber auch positive Nachrichten. So war er davon überzeugt, dass die Reformprozesse Früchte tragen werden, wenn man sie langfristig durchhalte. Die Eurozone stehe trotz allem in Sachen Verschuldung immer noch besser da als die Vereinigten

BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OKTOBER 2012

Michael Herrmann

Anne-Sophie Koenig

Barbara Schmickler

www.eukas.eu

Staaten von Amerika, Großbritannien und Japan. Abschließend sagte Stark, dass es wichtig sei, die aktuelle Krise im globalen Kontext zu sehen. „Das gelingt vielen Europäern nicht. Diese Krise ist Teil des großen Ganzen und noch lange nicht vorbei“, sagte Stark.

Anschließend ergriff Professor Iveta Radicova das Wort und wies zunächst darauf hin, dass noch nicht überall das 10-jährige Jubiläum des Euro zelebriert werden könne. In der Slowakei gibt es die Währung erst seit vier Jahren. Die Einführung dieser hätte bereits zu Krisenzeiten stattgefunden. Sie sah nicht den Euro als größtes Problem unserer Zeit an, sondern die geschwächte Lebensqualität vieler Europäer. Die Gründe dafür lägen vor allem an der zu wenig geförderten Mittelklasse, sagte Radicova. Außerdem schwinde das Vertrauen in den Bankensektor, die Politik und die EU-Institutionen. Um das zu verbessern, müssten vor allem Politiker in ihren jeweiligen Ländern ihre Hausaufgaben erledigen und den Bürgern vermitteln, was derzeit geschehe.

Dr. Madeleine Mahovsky berichtete in ihrem Eingangsstatement von den Feierlichkeiten, die in der Kommission bereits 2008 abgehalten wurden: Der Anlass war das zehnjährige Jubiläum der festen Wechselkurse in der Eurozone. Damals habe es wirklich einen Grund zu feiern gegeben, so Mahovsky. Heute sei die Feierstimmung zwar ein wenig getrübt, aber dennoch präsent. Zur derzeitigen Situation in der Eurozone schloss sie sich Stark insofern an, dass langfristige Reformen umgesetzt werden müssten.

Hinsichtlich des Maastrichter Vertrages betonte sie, dass dieser seitens der Kommission nicht in Frage gestellt werde. Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass damals die fiskalische Komponente gefehlt habe. Hier müsse man jetzt besonders gründlich arbeiten, um die Wirtschafts- und Währungsunion zu komplettieren. Mahovsky warf die Frage in den Raum, ob es ein „Beinbruch sei, sich von Maastricht zu entfernen.“

In der EU habe es immer eine Weiterentwicklung gegeben, die individuell angepasst an die Herausforderungen der jeweiligen Zeit gewesen seien, sagte sie. In Bezug auf Starks Kritik an der Kommission, dass sie ihre Rolle als Hüterin der Verträge nicht ernst genug genommen habe, sagte Kommissionsvertreterin Mahovsky: „Die Hüterin der Verträge ist verscheucht worden, als die Regierungen der Mitgliedsstaaten entschieden haben, die Konvergenzkriterien zu brechen.“

Bezüglich der Krise, die zu häufig als Eurokrise bezeichnet werde, stimmte Mahovsky mit ihren Radicova und Stark überein: Nicht die gemeinsame Währung sei das Problem, sondern die Staatsverschuldung sowie die institutionelle und politische Situation. „Aufgrund der Schwäche anderer Länder hat sich der Euro gehalten“, sagte Stark und ergänzte: „Wir haben eine unzureichende Anpassung der Mitgliedsstaaten an die Bedingungen einer Währungsunion“, kritisierte Stark. Mahovsky nannte ein weiteres Problem, das auch die anderen beiden Teilnehmer sehen: Es mangle an ausreichender Kommunikation.